

INFO DIE LINKE.

Kiel, 24. Februar 2009

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

Landesparteitag am 24./25. Januar '09



Nachlese zum Parteitag:

Ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung

Liebe Genossinnen und Genossen,

Anders als das Medienecho es vielleicht vermuten lässt, hat der Landesparteitag am vergangenen Wochenende deutlich zur Festigung unseres Landesverbandes beigetragen. Insgesamt verlief er sehr viel ruhiger, als viele es erwartet hätten. Sowohl die Atmosphäre des Parteitages als auch die Wahlergebnisse erbrachten ganz eindeutig, dass die weit überwiegende Mehrheit der Delegierten keine weiteren, inhaltlich weitestgehend unmotivierten Streitereien dulden will.

Schon in der Eröffnung machte die Landessprecherin Cornelia Möhring deutlich, vor welchen Aufgaben die Partei in den kommenden Monaten steht. „Die Wahlkämpfe der kommenden 15 Monate werden uns sehr viel abverlangen, inhaltlich, organisatorisch und vielen von uns auch sehr viel an physischer Kraft. Die inhaltliche Ausrichtung wird zu den Europa-, zu den Bundestags- und auch zu den Landtagswahlen einen gemeinsamen Nenner haben: Überall treten wir an, um eine noch machtvollere Opposition zu bilden.“

Inhaltlich werde es der LINKEN um „eine Bildungspolitik gehen, die - von der Kita bis zur Uni - komplett gebührenfrei ist.“ Die Sozialpolitik müsse allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Alle Ein-Euro-Jobs sollen in sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsverhältnisse zu Tariflöhnen umgewandelt werden. Desweiteren wende sich die Partei gegen alle Privatisierungen öffentlicher Betriebe. DIE LINKE werde sich für die Rekommunalisierung der Stromversorgung und die massive Nutzung erneuerbarer Energiequellen einsetzen. Die Fehmarnbelt-Querung sei ein „Leuchtturmprojekt“, das Milliarden koste und unter dem Strich Arbeitsplätze vernichte. Den Nerv des Parteitages traf sie mit ihren Ausführungen zu den inneren Konflikten der Partei, als sie noch einmal klarstellte: „Für eine inhaltliche, streitbare Auseinandersetzung war und ist die Tür immer offen. Wer aber nur stören will, der sollte

Die Wahlergebnisse

1. Wahl Landesschiedskommission

Wahl zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen:
Ellen Streitbürger und Sylvia Zahella-Fovitto de Belmar

Wahl der weiteren Mitglieder:
Andreas Beldowski, Birger Heidtmann, Frank Käding und Peter Wolter.

2. Neuwahl des Landessprechers

Wahl des Landessprechers:
Björn Radke

3. Neuwahl des Landesvorstandes

Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen:
Margitta Bütterich, Asja Huberty, Meike Lüdemann, Silke Mahrt und Meryem Tiras-Deniz.

Wahl der weiteren Mitglieder:
Lorenz Gösta Beutin und Hüseyin Kent

In dieser Ausgabe:

SEITE 1 - 5

Landesparteitag Januar 2009

SEITE 6 - 7

„Das Skandinavische Wohlfahrtsmodell“
Geschichte, Analysen, Vergleiche
Edda Lechner

SEITE 10

Netzwerk Politische Bildung gegründet:
Gösta Beutin

SEITE 9 - 14

Berichte aus Kreisen und Landesarbeitsgemeinschaften

SEITE 15

Kritische Kommentare

SEITE 16

Termine

die Tür lieber von außen zumachen, und das möglichst schnell!“ Die überwältigende Mehrheit der Delegierten quittierte diese Rede mit lang anhaltendem, stehenden Beifall...

Zu einer ersten Klärung kam es bei der Abstimmung über einen Antrag aus Ostholstein, den letzten Parteitag und all seine Beschlüsse zu wiederholen. Diesem stimmten 10 Delegierte zu. Der Antrag, der Parteitag möge den kompletten Landesvorstand neu wählen, wurde ebenfalls mit großer Mehrheit gegen ca. 20 Stimmen abgelehnt.

Sichtlich ging es den Delegierten vor allem um die Wahl eines legitimierten und arbeitsfähigen Landesvorstandes. Die Aussage war eindeutig: Wir wollen endlich eine gemeinsame, konstruktive Arbeit. So wurde der bisherige kommissarische Landessprecher Björn Radke im Amt bestätigt. Er setzte sich mit 45:30 Stimmen gegen den Neumünsteraner Kreisvorsitzenden Jörn Seib durch.

Im weiteren Verlauf wurden sieben weitere Landesvorstandsmitglieder neu gewählt. Mit einer Ausnahme kandidierten alle Mitglieder des bisherigen kommissarischen Vorstandes erneut. Sie alle wurden mit deutlichen Wahlergebnissen bestätigt. Neu im Landesvorstand ist Silke Mahrt aus dem Kreisverband Stormarn.

Der Landesparteitag hat zudem mit großer Mehrheit beschlossen, den Bundesvorstand aufzufordern, „ein Konzept für eine repressionsfreie und existenzsichernde Mindestsicherung zu erarbeiten und auf dem Parteitag in Cottbus zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.“ Hartz IV muss weg – sei von Beginn an ein Hauptanliegen der LINKEN und ihrer Quellparteien gewesen. Doch wer Hartz IV abschaffen will, muss auch benennen, was an die Stelle von Hartz IV treten soll. In ihren programmatischen Eckpunkten hat sich die LINKE zu einer bedarfsorientierten und repressionsfreien Grundsicherung bekannt...

Mit großer Mehrheit stimmte der Parteitag auch einem Antrag zum Erhalt des Sparkassengesetzes zu. Der Parteitag lehnte einen Antrag aus Reihen des „Neumünsteraner Kreises“ ab, die von ihnen vorgelegten „100 Forderungen“ zur Grundlage der Debatte um das zu erarbeitende Landesprogramm zu machen. Stattdessen werden diese - wie andere Anregungen und Vorschläge auch - in die Vorlage eines Entwurfs für ein Landeswahlprogramm eingearbeitet. Ein Antrag zur Verurteilung des „Stalinismus“ wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Mehr-

heit der Delegierten folgte der Argumentation, dass die wirklichen Opfer des Stalinismus in der innerparteilichen Auseinandersetzung nicht instrumentalisiert werden dürften und diese Position im übrigen wortgleich schon in den bundespolitischen Eckpunkten stehe, auf denen unsere Partei basiert...

Der Parteitag votierte mit großer Mehrheit dafür, auf dem kommenden Europa-Parteitag bei der Aufstellung der KandidatInnen-Liste Tobias Pflüger (MdEu) zu unterstützen, da es sich bei ihm um einen allseits anerkannten Vertreter der Friedensbewegung handele. Der Landesvorstand wurde beauftragt - bis zur Lesung des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung im Bundesrat - eine Stellungnahme zu erarbeiten, in der die Landesregierung Schleswig-Holsteins aufgefordert wird, das Paket abzulehnen...

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Ostholstein, Thorsten Lünzmann, kündigte an, den Parteitag vor Gericht anzufechten. Seiner Ansicht nach seien alle Beschlüsse, die in Neumünster gefasst wurden, ungültig. Trotzdem wird der neu gewählte Landesvorstand in den nächsten Wochen das Gespräch mit den Kreisverbänden Neumünster und Ostholstein suchen, um möglichst gemeinsam zu einer konstruktiven, von Inhalten bestimmten Arbeit im Landesverband zurückzukehren.

Der Verlauf des Landesparteitages hat deutlich gemacht, dass die Mehrheit den vom Landesvorstand vorgeschlagenen Weg mitgehen will. Für unterschiedliche Meinungen ist darin viel Raum vorgesehen. Es liegt in der Entscheidung der Minderheit, ob sie dies auch will oder nicht.

- Der Landesvorstand, 28.01.2009
Mitglieder-Info Nr. 10, leicht gekürzt



Anmeldung, mit Listenkontrolle



Nachdenklich über den Papieren



Ein Flyer für jeden

Stellungnahmen zum Landesparteitag



Zur Geschäftsordnung, bitte!

Der Landesparteitag der verpassten Chancen

Schade - der Landesparteitag hätte ein Parteitag des Neuanfangs, des Aufeinanderzugehens, der Dokumentation des gemeinsamen politischen Wollens sein müssen - letztlich führte er zu einer Vertiefung der Gräben im Lande:

Inhaltlich: Eine Antragsberatung zum Gruseln: Inhaltliche Anträge wurden wie Geschäftsordnungs-Anträge abgeschmiert. Eine Wortmeldung dafür - eine dagegen - Abstimmung. So kann man nicht inhaltlich debattieren. Die Krönung war ein Antrag zur Bildungspolitik. Per Geschäftsordnung wurde eine inhaltliche Debatte des offensichtlich sehr strittigen, also sehr diskussionsbedürftigen Antrages, abgelehnt, gleichwohl wurde die inhaltliche Abstimmung beschlossen. Also: Bloß keine inhaltliche Auseinandersetzung, gleich Ablehnen ohne Diskussion. Das nenne ich eine lebendig diskutierende, streitbare Partei, die es mit der innerparteilichen Demokratie ernst nimmt - ganz anders als die anderen Parteien! Das habe ich, ehrlich gesagt, in über 30 Jahren SPD-Mitgliedschaft nicht erlebt!

Personell: Der neue Landesvorstand hätte ein Vorstand der Integration der Partei-strömungen sein müssen, um die Partei zusammenzuführen, zusammenzuraufen - gerade in einem so wichtigen Jahr. Nein, da wurde durchgewählt - Hauptsache, es ist keine/r aus "Neumünster" dabei. Das wird die Partei weiter spalten bzw. gespalten halten. Hat keine Seite die Kraft und den Mut, mal aufeinander zuzugehen, mal miteinander statt übereinander zu reden?

Blockbildung: Das Denken in Blöcken vernebelt das Denken! Da liegt nach dem Modell der Bundespartei (!) ein Antrag mit 100 sachlichen, inhaltlichen konkreten, landespolitischen Punkten vor, von denen, schätze ich mal niedrig: 80% der Delegierten 80% der Forderungen hätten unterschreiben können. Da machen die Antragsteller/innn deutlich, dass dies als Beitrag zur Erarbeitung eines landespolitischen Programms in die Diskussion der Partei gegeben werden soll und dennoch besteht eine Mehrheit darauf, diese Punkte sofort und ohne inhaltliche Debatte komplett abzulehnen. Der eigentliche Grund: Die 100 Punkte kommen aus Neumünster. Ein Abgrund an Diskussions-

... Alt
und Jung...

kultur, ein Armutszeugnis für die Partei.

Schwelbrände: Wer sich nicht absichtlich blind stellt, weiß, dass die Stalin-Partys eines Lübecker Parteimitglieds die Partei in der Öffentlichkeit weiter belastet. Der Versuch, eine ganz ruhige, sachliche, auf Konfrontation verzichtende Distanzierung zu beschließen, wird kurzerhand abgebügelt. Will sich die Landespartei ernsthaft nicht von Stalinismus distanzieren? Will sie dieses Thema in den anstehenden 3 Wahlkämpfen als offene Flanke mit sich schleppen? Das hat selbstmörderische Qualität! Und dann den Verursacher dieser parteischädigenden Veranstaltungen als armes Opfer einer Intrige darzustellen - das geht wirklich gar nicht!

Verpasste Chancen: Die Spaltung der Landespartei wurde vertieft. Die einen basteln unverdrossen weiter an denselben 100 Punkten, die anderen tun so, als wäre alles einvernehmlich.

Eigentlich ist das Projekt linke Partei viel wichtiger als das, was hier im Lande geschieht. Die Menschen setzen Hoffnungen in uns, historische Bedeutung hat unsere Initiative. Schade!

Der neue Landesvorstand hätte die politische und personelle Potenz, mit den Strömungen darüber zu reden, wie man trotz inhaltlicher Differenzen da an einem Strang ziehen könnte, wo man einer Meinung ist und wo es das Gebot einer handlungsfähigen Partei erfordert. Er sollte die Kraft und den Mut zu einem "runden Tisch" aufbringen!

- Heiko Winckel-Rienhoff



Spinner, Sektierer und Störer"

- aber nicht bei uns!!!

Man kann wirklich nicht meckern: Der Landesparteitag hat sich mit großer Mehrheit mit den SAV-GenossInnen Redler & Co solidarisiert und sich dagegen ausgesprochen, diese nicht in die Partei aufzunehmen. Unter dem Gesichtspunkt, dass wir eine pluralistische Partei sein wollen, keine falsche Entscheidung. Aber keine einfache Entscheidung, wenn man ein wenig über die SAV-GenossInnen weiß...

Dieser Beschluss kritisiert den stellvertretenden Parteivorsitzenden Klaus Ernst, der vehement gegen die Aufnahme agiert hat. Und steht auch im Widerspruch zu der Aussage des Genossen Gysi, alle "Spinner" aus der Partei werfen zu wollen. Er sagt zwar, dass unterschiedliche Ansätze für bestimmte Politikbereiche in unserer Partei

völlig legitim sind und Pluralismus bedeute, dass unterschiedliche Flügel akzeptiert und berücksichtigt werden. Auch der Genosse Gysi bleibt wohlwollend indifferent in seiner Aussage, wen er unter "Spinners und Sektierern" versteht, und wen er damit meint, dass sie uns "direkt und bewusst" schaden wollen. Wenn man allerdings die innerparteilichen Diskussionen verfolgt, kann man zu dem Schluss kommen, dass unter diesen Begriffen weitgehend jene verstanden werden, denen Basisdemokratie und Programmatische Eckpunkte noch etwas bedeuten, die sich gegen eine Partei mit immer mehr Einfluss von ein paar Apparatschiks wehren.

Der Landesparteitag hat sich ebenso massiv für die Kandidatur von Tobias Pflüger bei den Europawahlen ausgesprochen, obwohl die Parteioberen ihn nicht in ihrer Favoritenliste aufgenommen haben. Vielleicht weil Tobias die Friedenspolitik ernster nimmt als es manche für angemessen halten? Der Landesparteitag hat somit Positionen bezogen, die man nur begrüßen kann - auch wenn im Lande keine Invasion von SAVler zu erwarten ist, und die EU weit jenseits aller Landeshorizonte ist, somit alles ungefährlich für den Seelenfrieden ist.

Da es aber offensichtlich mit dem Seelenfrieden und den persönlichen Befindlichkeiten vor Ort im Lande doch immer noch ziemlich hapert, kann dann so ein Satz kommen: "Wer aber nur stören will, der sollte die Tür lieber von außen zumachen, und das möglichst schnell."

Hätte ich es nicht mit eigenen Ohren gehört, ginge es mir mit diesem Satz wie anfangs mit den Stalinfeiern in Lübeck: Weit jenseits jeglicher vorstellbarer Wirklichkeit! Man konnte diesen Satz nicht anders verstehen, dass all jene, die nicht im Gleichschritt mit einigen wenigen marschieren, nur stören wollen. Nicht mal im Ansatz wird hier die Bereitschaft erkennbar, andere zu akzeptieren und zu berücksichtigen! Um der Aufgabe gerecht zu werden, Sprecherin aller GenossInnen und Vermittlerin zwischen den Fronten zu sein, müsste sich einiges ändern - eine wahrlich schwere Hypothek für die nächste Zukunft. Gedankt wird solchen Aussagen mit stehenden Ovationen...

Vielleicht wäre betretenes Schweigen angebrachter gewesen, denn inhaltlich stimmt dieser Satz mit dem Verhalten des Genossen Ernst überein. Auch Gregor Gysi stößt in das gleiche Horn, Ulrich Maurer fordert eine härtere Gangart und droht mit Schiedskommissionen. Bundesweit käme ein illustrierter Zirkel jener Aus- und Abgrenzer zusammen; eine nüchterne Analyse aus Erfahrungen und Beobachtungen, die von vielen geteilt wird und weit entfernt von allen denkbaren Verschwörungstheorien ist!

Eine Entscheidung, wer und was "Spinner, Sektierer und Störer" sein könnten und wie und ob man mit ihnen zusammenarbeiten kann, will und muss, sollte man allerdings nicht den paar Apparatschiks und Karriereorientierten überlassen, sondern an der Basis entscheiden. Nüchtern und sachlich, und bitte mit mehr Kritikfähigkeit und weniger Rücksicht auf eigene Befindlichkeiten! Bisher leiden wir doch an dem Manko, dass das eine vernachlässigt wird, aber das andere besonders kultiviert wird. Nur wenn wir hier die eigene Lernfähigkeit unter Beweis stellen, können wir es besser und anders machen! - Claus Samtleben, Sprecher der KPF-SH



Was gibt's denn da zu lachen?

Protest gegen Beitrittsverwehungen im Landesverband Berlin.

Antragsteller: Daniel Dockerill, Joachim Böse, Asja Huberty, Lorenz Gösta Beutin, Stefan Karstens, Ralf Iden u. a.

Antrag und Beschluss:

Der Parteitag der Partei Die LINKE.Schleswig-Holstein protestiert gegen den Versuch führender Mitglieder unserer Partei, darunter der stellvertretende Parteivorsitzende Klaus Ernst, den Beitritt Lucy Redlers, Sascha Stanicics und einiger anderer Genossinnen und Genossen aus der ehemaligen WASG Berlin zu unserer Partei zu verhindern. Der Parteitag erwartet, dass die Entscheidung der Berliner Landesschiedskommission, diesen Versuchen stattzugeben, durch die Bundesschiedskommission unserer Partei so schnell wie möglich wieder aufgehoben wird.

Begründung: (leicht gekürzt)

Am 8. Januar dieses Jahres hat die Landesschiedskommission der Linken in Berlin entschieden, dem vom Bezirksvorstand Neukölln zurückgewiesenen Einspruch gegen den Parteibeitritt von Lucy Redler und Sascha Stanicic stattzugeben und ihnen die Mitgliedschaft zu verwehren. Eingelegt hatten den Einspruch Klaus Ernst und Thomas Händel, die beide nicht dem Berliner Landesverband der LINKEN anhören.

Redler und Stanicic sind bekannt als entschiedene Kritiker des politischen Kurses des Berliner Landesverbandes der LINKEN, der in einer Koalition zusammen mit der SPD in Berlin regiert. Ihrer Kritik an der Politik der Berliner Linksregierung, der sie allzu große Nähe zu neoliberalen Praktiken vorwerfen, wird auch von vielen Mitgliedern innerhalb der Partei geteilt. Jedes dieser Mitglieder hat das satzungsmäßige Recht, Kritik innerhalb wie außerhalb der Partei öffentlich zu vertreten, auch wenn sie im Widerspruch zur aktuellen Beschlusslage steht. Wenn Kritikern aktueller Politik unserer Partei die Mitgliedschaft verwehrt wird, berührt das zudem die von Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag angemahnte "direkte Demokratie" in der Partei und ihre "Glaubwürdigkeit"...

Die Verweigerung des Beitritts dieser Genossinnen und Genossen widerspricht dem offenen und pluralistischen Charakter unserer Partei. Inhaltliche Meinungsverschiedenheiten im Rahmen linker und sozialistischer Politik können und müssen mit langem Atem in der Partei demokratisch ausgefochten werden. "

Aus der Arbeit des neuen Landesvorstandes

Pressedienst

Abgestimmt! - Noch Bedenken ?

DIE LINKE:

“Wir zahlen nicht für Eure Krise!”

Der Landesparteitag der LINKEN S-H fordert die Landesregierung auf, den Entwurf des von der Bundesregierung vorgelegten Konjunkturpaket II im Bundesrat abzulehnen! Es reicht zu einer wirksamen Bekämpfung des wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses nicht aus. Die Krisenprogramme der schwarz-roten Bundesregierung sind zu zögerlich und weisen in die falsche Richtung.

DIE LINKE lehnt das von der Bundesregierung beschlossene “Kredit- und Bürgerschaftsprogramm” in Höhe von bis zu 100 Mrd. Euro für Unternehmen ab. Milliardensubventionen in Form von Prämien und Bürgschaften für die deutschen Unternehmen bereitzustellen, ohne neue Formen der Beteiligung der Belegschaften an der industriepolitische Ausrichtung der Zukunft einzufordern, ist keine politische Korrektur, sondern ein Persilschein für ein “Weiter So!”.

Die Bundesregierung wendet viele Milliarden Euro auf, um Banken und Großunternehmen zu retten. Von einem Schutzschirm für Arbeitnehmer und Arme kann dagegen keine Rede sein. Hunderttausende Arbeitsplätze sind gefährdet, zehntausende LeiharbeiterInnen sind bereits entlassen. Auch in Schleswig-Holstein muss es ein Investitions- und Strukturprogramm geben, mit dem die Überwindung der einseitigen Orientierung der Wirtschaft auf Exporte und Spekulation eingeleitet wird.

DIE LINKE fordert, dass die Landesregierung ihr Landeskonjunkturpaket von 429 Millionen mutig aufstockt. Allein die für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung zur Verfügung stehende Summe von 280 Millionen Euro reicht gerade, “um überall die Fenster zu erneuern” gesteht selbst die Bildungsministerin zu.

Bei der HSH Nordbank drohen als Folge der internationalen Finanzkrise noch Abschreibungen in Milliardenhöhe, die auch auf die an der Landesbank beteiligten Sparkassen durchschlagen. Welche Sanierungsmaßnahmen die Landesregierung auch immer verfolgt: Die Substanz der Sparkassen muss nicht nur erhalten, sondern gestärkt werden. Eine Privatisierung der Sparkassen lehnt DIE LINKE als Schritt in die falsche Richtung ab.

Auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein sind die Folgen der internationalen Finanzkrise und des Konjunktüreintruchs nun auch sichtbar geworden, dies bestreitet selbst die Agentur für Arbeit Nord nicht mehr: Es sei nicht zu übersehen, dass der Wintereinbruch und die sich verschlechternde konjunkturelle Lage erste Spuren hinterlassen haben. “In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar deutlich um 11.100 auf 115.100 gestiegen.

Geboten wäre eine radikale Wende in der Arbeitsmarktpolitik weg von der Förderung des Niedriglohnsektors hin zum Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Öffentlichen Sektor, wodurch insbesondere der unseligen Praxis der Ein-Euro-Jobs ein Ende bereitet werden könnte. Hinzu kommen müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen jener 285.000 Schleswig-HolsteinerInnen, die auf Hartz IV-Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe angewiesen sind.

Die soziale Spaltung im Land zu bekämpfen und die Wirtschaftsentwicklung zu stabilisieren, kostet Geld und wird angesichts des finanzpolitischen Desasters, das uns die Landesregierung beschert, wohl nur über zusätzliche Verschuldung zu finanzieren sein. Deshalb lehnt DIE LINKE auch die Einführung einer Schuldenbremse ab.

- Nach einem Beschluss des Landesparteitages für den Landesvorstand:
Die Landessprecher Cornelia Möhring und Björn Radke
Kiel 3.2.09



LINKE unterstützt Warnstreik

DIE LINKE Schleswig Holsteins unterstützt ausdrücklich den am Montag in Lübeck beginnenden Warnstreik der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die verlangte achtprozentige Lohnerhöhung sei „eine Minimalforderung und sie ist auch volkswirtschaftlich absolut sinnvoll“, so Cornelia Möhring, Landes-sprecherin der LINKEN am Wochenende.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat auch in der 2. Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt, sondern fordert von Verdi, ihre Forderung zunächst zurückzuziehen. Ein, in der Geschichte der Tarifaueinandersetzungen, ziemlich einmaliger Vorgang! DIE LINKEN verweisen darauf, dass die Beschäftigten über viele Jahre hinweg Reallohnverluste hätten hinnehmen müssen. Zudem sei die Arbeitsbelastung auch im öffentlichen Dienst kontinuierlich gestiegen.

„All das ist nicht mal mit einer solchen Lohnerhöhung zu kompensieren“, meinte Möhring. Gleichzeitig müsste der stete Stellenabbau im öffentlichen Bereich endlich ein Ende haben. „Neueinstellungen und eine deutliche Erhöhung der Tarife wären ein wesentlich effektiveres Konjunkturprogramm als alle Schrottprämien. Denn Gering- und Normalverdienende investieren zusätzliche Einkommen direkt in die kriselnde Binnenwirtschaft und damit zum Wohl der Allgemeinheit.“ Deswegen würde DIE LINKE die Streiks der Beschäftigten aktiv unterstützen.

- Pressedienst,
DIE LINKE. SH, Vorstand 8.2.09

Politische Untersuchungen und Stellungnahmen

Waren es die Wikinger?

„Das Skandinavische Wohlfahrtsmodell“ – Geschichte, Analysen und Vergleiche

Nicht nur bei den Linken in Schleswig-Holstein wird das Sozialmodell der skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland gerne als ideales Modell angesehen, das die Probleme des Gesundheitswesens, der Rentenversicherung und der Zeiten von Arbeitslosigkeit bestens regelt und möglichst auch in Deutschland übernommen werden sollte. Die zahlreichen Arbeitslosen Schleswig-Holsteins, die in den letzten Jahren in Dänemark eine Anstellung gefunden haben, loben neben dem hohen Lohnstandard auch die soziale Versorgung bei Krankheit und im Alter, bei der Arbeitslosigkeit und Weiterbildung.

Seit der PISA-Studie zieht außerdem das kostenlose Kinder-Versorgungssystem und der schulische Bildungsstandard dieser Länder Experten in seinen Bann. Manchmal versteigen sich Genossen zu der psycho-historischen Behauptung, die Skandinavier seien eben immer schon – seit Wikingerzeiten – solidarischer miteinander umgegangen als ihre deutschen Nachbarn. In der folgenden Untersuchung will ich dem gegenwärtig existierenden „nordischen Modell“ historisch und politisch nachgehen und in der nächsten Ausgabe in einem weiteren Artikel einen Vergleich zwischen dem skandinavischen und anderen Sozialsystemen Europas vornehmen.

1. Typen des Wohlfahrtsstaates in Europa

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen Typen von Wohlfahrtsstaaten besser erkennen zu können, nahm der skandinavische Sozialwissenschaftler Goesta Esping-Andersen 1990 in seinem Buch „Three Worlds of Welfare Capitalism“ eine vergleichende Studie vor. Er geht dabei von zwei bedeutenden Machtfaktoren aus: dem Kapital mit ungleich verteilten Ressourcen von Unternehmern auf der einen und dem politischen Staatsgebilde mit den vorhandenen (Wahl-) Rechten für die Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Demnach konnte sich auch erst im kapitalistischen System überhaupt das Gebilde eines „Wohlfahrtsstaates“ herausbilden. Im Folgenden unterscheidet er drei Typen von Wohlfahrtsstaaten

A. Der Liberale Wohlfahrtsstaat

sieht vor, dass Sozialleistungen möglichst streng limitiert werden, um den Griff nach sozialer Wohlfahrt statt nach Arbeit zu erschweren. Es gibt nur schwache Sozialversicherungsleistungen, so dass es – besonders in der Mittel- und Oberschicht – zu privaten Wohlfahrtsinitiativen kommt. Arme erhalten, wenn überhaupt, nur Minimalleistungen über die Versicherungen und den Staat (USA, Australien).

B. Der Konservativ-korporatistische Wohlfahrtsstaat

ist um die Erhaltung von Statusunterschieden besorgt. Individuelle Rechtsansprüche auf bestimmte Leistungen und deren Höhe sind von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse oder Berufsgruppe abhängig, traditionelle Familien- und Frauenstrukturen sollen erhalten bleiben. Die umverteilende Wirkung ist gering (Deutschland, Frankreich, Österreich).

C. Der Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat

ist durch ein universales Versicherungssystem, universale Leistungen und der Idee der damit verbundenen Umverteilung von Reichtum charakterisiert. Er strebt eine Gleichheit nicht der Minimalbedürfnisse sondern des höchsten Standards an. Arbeiter, Angestellte und Beamte, Männer, Frauen, und deren Kinder, Jung und Alt, werden solidarisch in allen Lebenssituationen unterstützt und gefördert. Der soziale Staat übernimmt dafür die Verantwortung und Kontrolle (Skandinavische Länder).

2. Die geschichtliche Entwicklung der Sozial-Versicherungen

Wohlfahrtsstaaten entstanden ausschließlich in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Wirtschaft und der Nationalstaat bereits fest etabliert waren. Im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurde zunächst in den Ländern in Nordamerika, Australien, Neuseeland und Westeuropa mit der Einführung von öffentlichen Leistungen im Gesundheits- und Bildungswesen begonnen. Unter dem Kanzler Otto von Bismarck schuf das Deutsche Kaiser-Reich im Zusammenhang mit seiner Staatsgründung 1871 als eines der ersten weltweit eine Kranken-, bzw. Unfall- und Pensionsversicherung.

Diesem Beispiel einer „Sozialpolitik von oben“ folgten bald die meisten westeuropäischen Staaten. Natürlich mit dem politischen Ziel, den aufkommenden sozialen und revolutionären Bewegungen den Boden zu entziehen. Erst Ende des 1. Weltkrieges zogen auch die USA nach und in den meisten westeuropäischen Ländern wurde nun auch eine Arbeitslosenversicherung etabliert. In der Regel geschah das nach dem liberalen und konservativen Wohlfahrtsmodell mit mode-

raten Leistungen, in die auch die Ärmsten einbezogen wurden. Diese Entwicklung setzte nach dem 2. Weltkrieg fort. Ab 1975 wurden im Zuge der Globalisierung des Kapitals und einer wachsender Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten schrittweise – trotz erheblichem Widerstand der Betroffenen – soziale Abstriche gemacht und Einschränkungen vorgenommen.

In den nordischen Ländern setzte die Entwicklung vom armen Agrarland zum modernen Industriestaat erheblich später ein. Dennoch haben sie ihre Sozialgesetzgebung parallel zu den anderen europäischen Ländern Ende des 19. Jahrhunderts erstaunlich früh etabliert und in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts verbessert. Erst nach 1945 entstand aber das eigentliche „Nordische Modell“. Besonders bekannt wurden schon frühzeitig die Maßnahmen des schwedischen Sozialdemokraten Olaf Palme, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit seinem „Schwedischen Experiment“ ab 1960. Er forcierte eine hohe interventionistische Politik, ein starkes Ansteigen der Regierungsausgaben für soziale Zwecke und die Schaffung eines stark progressiven Steuersystems (in den höchsten Einkommensklassen bis zu 83%). Die übrigen drei nordischen Länder folgten im wesentlichen diesem „Dritten Weg“.

In den 80er und 90er Jahren wurde auch Skandinavien wie seine europäischen Nachbarn nicht von der Globalisierung, dem Konkurrenzdruck, Firmenpleiten und wachsender Arbeitslosigkeit verschont. Neue „bürgerliche“ und nicht mehr ausschließlich die sozialdemokratischen Parteien kamen in den skandinavischen Ländern an die Regierung und versuchten Abstriche an der staatlichen Sozialfürsorge zu machen: Einfrieren der

Löhne, Reduzierung des Krankengeldes, Senkung der Leistungen zur Arbeitslosigkeit u.a. Sie stießen dabei auf heftigen gewerkschaftlichen und bürgerlichen Widerstand. 1998 legten bis zu 500 000 Beschäftigte in einem Generalstreik fast zwei Wochen lang ganz Dänemark lahm. Das Ergebnis: Beibehaltung der sozialen Errungenschaften und der weiteren Zahlung eines hohen Arbeitslosengeldes, so wie zusätzliche Urlaubs- und Feiertage.

Aber die Regierung führte auch das sogenannte „flexicurity“-System ein, das den bisherigen Kündigungsschutz aufhob und eine starke Reglementierung des Arbeitsmarktes durch den Staat beinhaltet. Auf jeden Fall konnte es sich bisher keine skandinavische Regierungsmehrheit von der Sozialdemokratie über die Mitte bis zu den Rechten leisten, die „heilige Kuh“, die staatlich finanzierte, umfassende Sozialfürsorge zu schlachten.

3. Die Ursachen für die Entwicklung der unterschiedlichen Sozialsysteme

„Goesta Esping-Andersen selbst erklärt die Tatsache, dass es drei ganz unterschiedliche Arten von Umverteilung gibt, durch unterschiedliche „politische Klassenkoalitionen“. Die Mittelschicht habe in verschiedenen Ländern jeweils ein unterschiedliches Interesse an sozialstaatlicher Umverteilung gezeigt. In Großbritannien z.B. gelang die Koalition mit den Sozialisten nicht, die Mittelschicht setzte nicht auf den Staat sondern auf den Freien Markt und private Versicherung. Auf dem Kontinent wiederum waren bei der Konstruktion des Sozialstaats konservative Interessen im Spiel, an denen die Kirchen besonders beteiligt waren und schon früh die „Christdemokraten“ entstehen ließ.

Diese Analyse führt nun der Konstanzer Politikwissenschaftler Philip Manow fort, worüber Jürgen Kaube in seinem unten aufgeführten Artikel berichtet. „Er setzt,... bei den unterschiedlichen europäischen Wahlsystemen an... Bei Mehrheitswahlrecht tendiert das Parteiensystem zur Ausbildung zweier starker Parteien, einer Mitte-Links-Partei, die von der Unterschicht, und eine Mitte-Rechts-Partei, die von der Oberschicht präferiert wird... Die Mittelschicht aber schlägt sich auf die Seite rechts der Mitte, weil andernfalls zu hohe Steuern fürchten muss, ohne wie die Arbeiterschicht in den vollen Genuss des durch sie finanzierten Sozialstaates zu kommen. Herrscht jedoch Verhältniswahlrecht, bilden sich zumindest mehrere Parteien aus. Damit steigt die Chance für die Mittelschicht zu Koalitionen, die eine progressive Besteuerung und Transfer durchsetzen, die auch ihr zugute kommen... Die Mittelschicht stimmt allerdings

nur links, wenn aus Sozialisten Sozialdemokraten werden!“

Als ein weiterer Faktor kommt hinzu: „In Skandinavien und auf dem Kontinent habe es diesseits von Links-rechts-Konflikten historisch jeweils andere gesellschaftliche Spaltungslinien gegeben. Im Norden war es die zwischen Stadt und Land, Agrarsektor und Industrie, auf dem Kontinent hingegen die zwischen Staat und Kirche. Überall gab es in Skandina-



Foto aus dem Reventlow-Museum Pederstrup, einem der ca. 40 Herrensitze der kleinen Insel Lolland in Dänemark. Die Bauern waren hier freie Landbesitzer oder Unfreie. In Schweden war ihre rechtliche Stellung besser als im ganzen übrigen Europa und selbst in absolutistischen Zeiten waren sie im Reichstag vertreten.

vien starke Bauernparteien, die wiederum in Deutschland oder Frankreich weitgehend unbekannt sind. Jeweils etwa 25, 21, 14 und 9 Prozent erlangten über die gesamte Nachkriegsgeschichte hinweg die Agrarier bei Wahlen in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.“

Die Bauernparteien im Norden wehrten sich gegen einkommensabhängige Sozialversicherungen, weil ihre Klientel oft kein kontinuierliches Einkommen hatte. Sie waren also geneigt, dem sozialdemokratischen staatlichen Modell zuzustimmen, weil sie dadurch von dauerhafter Versicherungsleistung befreit waren und nur noch darauf zu achten hatten, dass in der Steuerfinanzierung ein Wechsel von der Grund- zur Konsumsteuer stattfand und die progressiven Steuerlasten erträglich blieben.

„Was dem Norden die Bauern, waren dem Kontinent die Katholiken - so könnte man Manows Argument zusammenfassen. Deutschland, die Niederlande, Italien, Frankreich, Belgien und Österreich sind historisch vom Konflikt zwischen katholischer Kirche und den liberalen Staatseliten geprägt... Die durchschnittliche Dauer der Regierungsbeteiligung der Christdemokraten von 1945 bis 1999 beträgt 43,5 Jahre gegenüber 34,3 Jahren bei den Sozialdemokraten. In Skandinavien kommen die Christdemokraten gerade einmal auf sechseinhalb Regierungsjahre im halben Jahrhundert, die Agrar-

parteien hingegen auf gut achtzehn... Es sind diese starken historischen und politischen Unterschiede von Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht und die Besonderheit der bäuerlichen-sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien gegenüber den kirchlich-christdemokratischen Parteien auf dem Kontinent, die so verschieden Typen von Vorsorgestaaten hervorgebracht haben.“ Mit den Wikingern und einem generell solidarischen Menschentyp hat dies nichts zu tun.

(Alle Zitate dieses Abschnittes stammen aus dem Artikel Jürgen Kaubes, worin er das in diesem Jahr erschienene Buch von Philip Manow vorstellt, siehe Quellenangaben)

Quellen:

- Philip Manow: „The Good, the Bad and the Ugly, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2/02
- Martin Bolkovac: „Sozialpolitik im internationalen Vergleich“, Reihe Sozialrecht, Skript des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 2007
- Jürgen Kaube: „Was dem einen der Ackerbau, ist dem anderen die Kirche“, <http://www.exc16.de/cms/sozialstaat-kaube.html>
- Goesta Esping-Andersen, „The Three Worlds of Welfare Capitalism“, Cambridge 1990

- Edda Lechner, LAG „Kommunistische Politik von unten“

In der LAG

„Kommunistische Politik von unten“ haben wir uns mit diesem Thema befasst und werden es weiter diskutieren.

Nächster Termin:

Sonntag, 19. April 09, 10.00 Uhr
Neumünster, Christianstraße 59
Büro der LINKEN

http://www.linke-sh.de/partei/strukturen/arbeitsgemeinschaften/ag_kommunistische_politik_von_unten/

Landesverband: Netzwerk Politische Bildung gegründet



Am Samstag, dem 7. Februar, trafen sich 13 Genossinnen und Genossen zum konstituierenden Treffen des Netzwerks politische Bildung in der LINKEN. Schleswig-Holstein. Nach einer kurzen Einführung durch den Beauftragten für politische Bildung im Landesvorstand, Lorenz Gösta Beutin, entspannt sich eine Diskussion über Aufgaben und Funktionen der politischen Bildung im Allgemeinen und insbesondere bei uns im Landesverband.

Aufgabe: politische Bildung zur Selbsemanzipation

Einigkeit bestand darin, dass die Arbeit des Netzwerkes dazu beitragen müsse, die Gräben in der Partei zu überwinden. Deshalb müsse sie dem pluralen Charakter unserer Partei gerecht werden und dialektisches Denken befördern. Ziel der politischen Bildung dürfe nicht das "Einimpfen" von Parteistandpunkten sein, sondern es unseren Mitgliedern zu ermöglichen, ihre eigene Position in der Partei und in der Gesellschaft zu finden und zu begründen. Wenn uns das gelinge, trage eine solche politische Bildung zur "Selbsemanzipation" bei. Allerdings sei es dafür notwendig, eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber der Bildungsarbeit innerhalb unserer Partei zu überwinden, ebenso wie die vielfältige Einbindung unserer Mitglieder - wobei die Gefahr bestehe, dass parlamentarische Arbeit letztlich zur Verhinderung linker Politik führe - und die Tatsache, dass es sich bei Schleswig-Holstein um ein Flächenland handele zu berücksichtigen sei. Die Diskussion um Aufgaben und Funktionen der politischen Bildung soll bei den weiteren Treffen weitergeführt und anhand der konkreten Erfahrungen reflektiert werden.

Formen: Vorträge, Debatten, Praxis

In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass verschiedene Formen der politischen Bildung zu unterscheiden seien. Erstens die "klassischen" Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, die auch externes Publikum ansprechen sollten, etwa zu inhaltlichen und aktuellen Themen. Sodann workshops, die der vertieften und diskursiven Befassung mit einem Thema dienen sollten (z.B. ökonomisches Grundlagenwissen) und die intensiv mit Materialien vor- und nachbereitet werden sollten. Und schließlich "praktische" Veranstaltungen, die insbesondere der Vermittlung des Handwerkszeugs innerhalb der Parteiarbeit dienen müssten (in den Vorgesprächen häufig eingefordert), also bspw. Rhetorikseminare, Seminare zur parteiinternen Organisation (Leitung von Sitzungen, Organisation von öffentlichen Aktionen usw.). Für wichtig wurden die Dokumentation der Veranstaltungen und die Bereitstellung von Materialien bspw. auf der Homepage gehalten.

Konkrete Vorhaben des NpB: ReferentInnenpool, Homepage, Veranstaltungen

Es soll eine Bedürfnisabfrage in den Kreisverbänden geben, in der nach Wünschen für die politische Bildung gefragt wird. Zudem wird haben bis jetzt noch nicht alle Kreisverbände eine/n Bildungsverantwortliche/n benannt. Eine weitere Aufgabe wird die Erstellung eines ReferentInnenpools sein, in dem gesammelt wird, welche Mitglieder aus dem Landesverband sich für das Abhalten von workshops und Veranstaltungen zur Verfügung stellen (Wer daran Interesse hat, kann sich melden, an: Joachim Böse, alto@fenn-music.de). Zudem soll eine eigene Rubrik "Bildungsarbeit" auf der Homepage eingerichtet werden, auf der über die Arbeit des Netzwerkes berichtet wird und auf der Informationen und Materialien bereitgestellt werden.

Es ist bereits eine Reihe von Veranstaltungen angedacht. So wird es von der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus eine Veranstaltungsreihe zum Thema geben. Zudem sollen in Absprache mit dem Parteivorstand bzw. mit der entsprechenden Bildungskommission im Hamburger Landesverband Seminare durchgeführt werden zur

Rhetorik, zum Abhalten von Veranstaltungen und zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Veranstaltungen sollen nach Möglichkeit dezentral im Land abgehalten werden. Zudem soll es eine Veranstaltung geben, die sich mit der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit beschäftigt.

Das nächste Treffen: 13. März in Neumünster

Dazu wollen wir entweder Harald Werner oder Heinz Hillebrand von der Bundeskommission politische Bildung einladen, um uns über Möglichkeiten der Unterstützung durch die Bundesebene zu informieren und über die Vernetzung von Landes- und Bundesebene zu diskutieren. In diesem Zusammenhang sollte ebenso ein/e zweite/r Vertreter/in für die Bundeskommission benannt werden. Ein weiteres Thema wird die Auswertung der Anfrage an die Kreise und die Erstellung des ReferentInnen-pools sowie die weitere Veranstaltungsplanung sein.

- Bericht: Gössta Beutin, eMail:

lorenz.goesta.beutin@linke-sh.de

Kreis Ostholstein

PRESEMITTEILUNEN:

Wer wird das 100. Mitglied der LINKEN in Ostholstein?

Diese Frage stellen sich Fred Luckmann, Kreisgeschäftsführer und Volker Rätzke, Mitglied des Kreisvorstandes und zuständig für den Parteiorganisation der Linken Ostholsteins.

„Die Mitgliederentwicklung der LINKEN in Ostholstein ist enorm. 2008 sind wir mit knapp 30 Mitgliedern angefangen, nun sind wir über 90“, erklärt Volker Rätzke, „davon sind alleine 20 Mitglieder in den letzten drei Monaten eingetreten. Das zeigt uns, dass unsere politische Arbeit beim Bürger ankommt und der/die Einzelne auch dazu bereit ist, Farbe zu bekennen...“

Aus Keisen und Landesarbeitsgemeinschaften

Kreis Stormarn

Ein Hauch von Tibet in Glinde

Am 08. Dezember 2008 fanden sich 16 Interessierte im Gliner Bürgerhaus ein, um einem Vortrag von Dr. Ingo Nentwig über das Tibet von Damals bis Heute zu lauschen, wobei selbstverständlich auch die andauernde Konfliktsituation mit China zur Sprache kam. Ausrichter war DIE LINKE Stormarn und SALZ S-H. Der 3-teilige Vortrag enthielt zuerst eine Analyse über die Situation in Tibet zur Zeit des Mittelalters und die Entwicklung bis heute, im Mittelteil folgte ein englischsprachiger Film über Lebensbedingungen der Bevölkerung im autonomen Gebiet Tibet vor den chinesischen Reformen und zum Schluss wurden ein paar persönliche Bilder des Referenten von seinen Reisen über Land und Leute gezeigt. Anschließend entspann sich noch eine angeregte Diskussion bevor die Veranstaltung gegen 22:00 Uhr endete.

Den gesamten Vortrag Revue passieren zu lassen, ist nicht meine Absicht. Aus jedem Teil sei ein Beispiel angeführt:

Um 1950 herum starteten die Han-Chinesen in Tibet eine Aufklärungskampagne, in der den Frauen ihre Rechte nähergebracht und erklärt wurden. Auch wurde ihnen erläutert, dass sie dem Mann ebenbürtig und gleichberechtigt seien. Als die niederen Mönche davon hörten, verließen sie empört die Klöster und forderten diese Rechte auch für sich.

Vor den chinesischen Reformen hatten

alle Dörfer an das angrenzende Kloster Tribut zu zahlen. Das waren Teile der Ernte, Vieh und auch Jungen oder junge Männer, die in den Klöstern den höhergestellten Mönchen dienen mussten. Oft waren diese Abgaben so hoch, dass einige Dorfbewohner sich verschulden mussten. Konnten sie die Schulden nicht tilgen, wurden sie und ihre Familie versklavt und waren gänzlich rechtlos.

Auf den privaten Bildern sah man die Hochebene von Tibet, ca. 4.500m über NN, ohne Bäume und Sträucher, da jenseits der Baumgrenze. Die Gesichter der Menschen sind von der Sonne tiefgebräunt, die Arme und Beine so weiß wie bei Mitteleuropäern. Zu Essen gibt es an Festtagen Yakfleisch. Da nur einmal im Jahr geschlachtet wird, gibt es nicht oft Fleisch zu essen. Auch kein Gemüse oder Obst, da das dort nicht wächst. Stattdessen isst man Tsamba (ein gerösteter Gerstenmehlfladen) und trinkt Kieseltee.

In der Diskussion kam die Frage auf, weshalb die Tibeter nicht an Vitaminmangel leiden. Die Yak- bzw. Ziegenmilch ist so reichhaltig an Vitaminen, dass es nicht zu Mangelerscheinungen kommt. Außerdem wurde gefragt, wenn es doch nicht so viel Wasser gibt, wie halten sich die Menschen sauber. Die Antwort war einfach wie verblüffend. Gewaschen wird sich so gut wie nie. Das ist auch nicht nötig, weil in dieser Höhe kein Ungeziefer überleben kann, und die Menschen wegen der Kälte und dem Wind nicht schwitzen und also nicht riechen.

Insgesamt war es ein abwechslungsreicher unterhaltsamer Abend, der auf positive Resonanz stieß.

- Martina Bornstein

Neben den drei bestehenden Ortsverbänden in Eutin-Ostholstein Mitte, Heiligenhafen und Stockelsdorf werden wir in den nächsten Monaten in Bad Malente, Neustadt in Holstein, Haffkrug/Scharbeutz und auf Fehmarn weitere Ortsverbände aufbauen.“

Infos bei Volker Rätzke
Tel: 045 21-77 56 03

„Kulturbrücke Fehmarnbelt-Region“ ein Täuschungsanöver

Mit dem Projekt „Kulturbrücke Fehmarnbelt-Region“ soll den Ost-

holsteinischen Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen gestreut werden“, so Volker Rätzke, kulturpolitischer Sprecher der LINKEN im Kreisverband Ostholstein, „das ohnehin von uns abgelehnte Bauprojekt einer festen Fehmarnbeltquerung bedarf keiner kulturellen Verklärung.“

Die Kultur an sich baut Brücken auf der Grundlage von Toleranz und Annäherung der Menschen - dazu wird kein Beton gebraucht. Der Versuch, die Menschen Ostholsteins und auch Dänemarks mit dem Begriff Kultur zu täuschen, erinnert uns an das Prinzip „Brot und Spiele“ des alten Roms. Das diene auch dazu, das Volk zu belustigen und von den eigentlichen

Die Fraktion der LINKEN gegen den Haushalt 2009

Der Kreishaushalt für 2009 ist beschlossen. Die Fraktion der LINKEN hat gegen den Haushalt gestimmt, u.a. weil zwei Punkte der Haushaltsberatungen besonders Kinder und kinderreiche Familien benachteiligen:

1. Vor genau einem Jahr beschloss der Kreistag eine Resolution mit Forderungen nach Vergünstigungen für von Armut betroffene Kinder. Nun stellte DIE LINKE den Antrag, Bilanz zu ziehen und weiterzudenken. Abgelehnt! Selbst der Vorschlag, dieses Thema in die Ausschüsse zu überweisen, fand keine Gnade bei CDU und FDP. So wurde deutlich, dass die Resolution des Kreistages von 2007 wohl doch nur ein Lippenbekenntnis war...

2. Gravierende Veränderungen wird es für die Eltern geben, die mehrere Kinder in Tagesbetreuung haben und daher eine Geschwisterermäßigung (Sozialstaffel) erhalten. Bisher musste - logischerweise! - für das älteste Kind in einer KiTa der volle Elternbeitrag gezahlt werden, die jüngeren Kinder bekamen eine Ermäßigung. Nun soll das jüngste Kind das erste voll zu bezahlende Kind sein und die älteren Geschwister zahlen weniger. Hintergrund: Die Kosten für kleine Kinder, z.B. in einer Krippe, sind deutlich höher als für ältere Kinder in einer größeren Gruppe einer KiTa.

Dieser Trick spart den Kreis zwar erhebliche Summen, belastet aber ausgerechnet kinderreiche Familien!... Auch der Rat der Wohlfahrtsverbände im Kreis (AWO, Rotes Kreuz, Kinderschutzbund) wurde vom Tisch gewischt.

- Kreistagsabgeordneter- Kolumne,
Heiko Winckel- Rienhoff, 15.12.08

politischen Themen abzulenken.

Keineswegs ist das Projekt von so großer wirtschaftlicher Bedeutung, wie es uns vom Kreis Ostholstein weis gemacht werden soll. Wir bezweifeln dessen Nachhaltigkeit, und dass es dem Kreis Ostholstein gedeihlich sein wird. Wir stellen die Forderung, das Projekt aufzugeben und die dazu aufzubringenden Finanzmittel eher für die Pflege der Patenschaften des Kreises Ostholstein zu verwenden“, so Rätzke weiter, „oder einfach mal in wahrhaftige Kulturprojekte zu investieren.“

- Henrik Matthes, 11.02.2009
pressesprecher@die-linke-oh.de

Rot-rot-grüne Eselswiese

Kreis Lübeck

In Lübeck entsteht ein informelles Linksbündnis – das erste im Westen
Von Velten Schäfer / Neues Deutschland 16. Februar 2009

Ein Großbauprojekt gestoppt, ein Sozialticket eingeführt, Privatisierungen verhindert: An der Trave bestimmt die neue LINKE kräftig mit. Doch gegen den Kreischef wird ein Parteiausschlussverfahren betrieben.

Kürzlich holte sich Siegfried Greve eine Abfuhr in Lübeck. Der Hamburger Rennveranstalter wollte die Stadtpolitik von einer Neuauflage der »Powerboat«-Rennen vor Travemünde überzeugen, bei denen 2007 ein Pilot ums Leben kam. Die Mehrheit der Stadtvertreter winkte aber ab. CDU, FDP und BfL (Bürger für Lübeck) schimpften hinterher auf dieses Votum. Doch Rot-Rot-Grün hat eben eine Mehrheit an der Trave.

Bevor die Linkspartei im Mai 2008 mit 11,7 Prozent und sieben Abgeordneten als drittstärkste Kraft in die Bürgerschaft einzog, hatte besonders Grünen-Spitzenkandidat Bernd Möller noch gegen die neue Konkurrenz gewettert: »Aktivistisch« sei die Partei, ihre Antworten seien »fernab der Realitäten«. Eine »dauerhafte Kooperation« könne es nicht geben.

Auf dem Papier gibt es sie auch noch nicht. Nach den Kommunalwahlen sind SPD, Grüne und die Unionsabspaltung BfL eine Kooperation eingegangen, die sich regelmäßig abspricht. Doch ist in den letzten Monaten parallel ein informelles Linksbündnis entstanden – das erste seiner Art in einer westdeutschen Großstadt.

Korrektiv zum SPD-Rathaus

Nicht immer funktioniert das. So steht die Mitte-Links-Kooperation etwa in Sachen Flughafen Lübeck-Blankensee, den die Stadt vom Pleite-Betreiber »Infratil« zurücknehmen wird, während LINKE-Kreischef Ragnar Lüttke den Defizitbringer gern loswerden würde. Doch trägt Rot-Rot-Grün inzwischen auch bei größeren Entscheidungen, etwa beim Streit um die »Eselswiese« in Travemünde. Auf dem seenahen Parkstück wollte das »Columbia«-Hotel einen Anbau errichten. Anfang Februar stimmte die SPD im Bauausschuss zu. Doch intervenierten die Grünen beim Kooperationspartner, so dass die unpopulären Pläne gerade im Hauptausschuss mit rot-rot-grüner Mehrheit gekippt wurden. Inzwischen hat das Hotel verzichtet.

Ebenfalls Anfang Februar verabschiedeten LINKE, Grüne und SPD im Sozial-

ausschuss ein Sozialticket im Personennahverkehr für die 32 000 Bürger der Stadt, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen. Anfang des Jahres setzte das Linksbündnis durch, dass nur noch 20 statt 40 Prozent der städtischen Gebäudereinigungsaufräge an Private vergeben werden. Im November wurde die Privatisierung der städtischen Vervielfältigungsstelle gestoppt. 15 Beschäftigte



Von Rot-Rot-Grün gestoppt: PS-Monster vor Travemünde

freuen sich, dass die Pläne des rechten SPD-OB Bernd Saxe vom Tisch sind.

Formalere Basis in Aussicht

Während die Nord-LINKE zuletzt eher für Chaos-Nachrichten gut war, ist die LINKE in Lübeck mitbestimmend geworden. In der SPD-Fraktion, die sich immer öfter gegen den eigenen Rathauschef stellt, hatte das schon personelle Entsprechungen: Der rechte Kreischef Wolfgang Baasch wurde im Juli zugunsten des eher linken Peter Thieß ausgetauscht. Auch der bürgerliche Grünen-Frontmann Möller bleibt skeptisch, doch kann er sich dem Druck seiner Basis kaum entziehen, seit im September der erste rot-rot-grüne Beschluss das mittelfristige Aus für den wegen seiner schlechten Haltungsbedingungen bei Grünen verhassten Tierpark brachte.

LINKE-Chef Lüttke freut sich: »Viele unserer Wahlversprechen konnten wir erfolgreich angehen.« Am Wochenende könnte Rot-Rot-Grün, das in der Lokal-

presse bereits als feststehender Ausdruck benutzt wird, sogar auf eine formellere Basis gestellt werden: Der SPD-Kreisparteitag will eine »Themenkooperation« im Sozialbereich diskutieren. »Unsere Arbeit wird anerkannt«, meint Lüttke.

Unbill droht dem Kreischef von ganz anderer Seite. Im Zuge der Parteiquerelen in Schleswig-Holstein wird ein Aus-

schlussverfahren gegen Lüttke vorbereitet. Ausgerechnet dem Pragmatiker wirft man »Stalinismus« vor.

Die Zeitung der LINKEN in Lübeck Die Likedeeler - Die Gleichteiler

»Mit unserer monatlichen Zeitung wollen wir alle Lübeckerinnen und Lübecker, alle Interessierten und Mitglieder unseres Kreisverbandes über unsere politische Arbeit informieren. Wir wollen mit unserer neuen Zeitung, neue Mitglieder gewinnen, unsere Positionen deutlich machen und jeden Monat betonen, das es in Lübeck nur eine Partei gibt, die konsequent für Frieden und Gerechtigkeit und gegen Armut eintritt - unsere Partei, DIE LINKE in Lübeck.«

Die Redaktion »Info DIE LINKE« freut sich über die Herausgabe dieser eigenen neuen Kreiszeitung, womit sie die ersten in Schleswig-Holstein sind, die dies tut.

Zur Nachahmung empfohlen!

Einbürgerungsfeier - ein Pass zum Mitmachen

Am 3. Februar hielt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Claus-Peter Matetzki - vom Ausländeramt eingeladen - die Laudation auf der Feierstunde für die neuen Bürger. Wir drucken sie hier ab - leicht gekürzt.

Sehr geehrte Gäste.

Ich möchte Sie recht herzlich zur Einbürgerungsfeier des Kreises Pinneberg begrüßen und freue mich sehr, dass Sie so zahlreich den Weg hierher gefunden haben... Viele von Ihnen leben bereits länger in Deutschland und sind mit ihrer „neuen Heimat“ bereits gut vertraut. Viele von Ihnen gehen oder gingen hier zur Schule, haben hier ihren Arbeitsplatz.

Aber sind Sie auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen? Haben Sie sich der so genannten „deutschen Leitkultur“ schon angepasst, wie von vielen Politikern immer wieder lautstark gefordert? Sie haben vielleicht Sitten und Gebräuche kennen gelernt, die Ihnen ungewöhnlich oder sogar etwas merkwürdig vorkamen. Ich kann ihnen versichern... das geht uns „Eingeborenen“ manchmal auch so! Fragen Sie doch mal einen Hamburger, was er von den örtlichen Gepflogenheiten in Oberbayern hält... oder worauf der Freund des Kölner Karnevals in Kiel verzichten muss! Was der Schwabe in Berlin vermisst... oder warum der Sachse in Bremen nicht richtig glücklich ist... Es gibt Leute, die kümmern sich hauptsächlich um Ihr berufliches Fortkommen und gehen voll und ganz in ihrer Arbeit auf. Für Andere wiederum, steht die Familie an erster Stelle. Wieder andere, sind voll damit beschäftigt eine Arbeit zu finden, die Ihnen und Ihrer Familie ein Auskommen in diesen schweren Zeiten sichern soll. Manche sind in Kirchen oder Religionsgemeinschaften verschiedenster Konfessionen engagiert... Diese Aufzählung ließe sich endlos fortsetzen...

Nun werden Sie sich fragen: „Anpassen...ja, aber woran denn eigentlich... wenn alle so verschieden sind...?“ Sie sehen... das mit der „deutschen Leitkultur“ ist gar nicht so einfach! Aber... wir haben tatsächlich jahrzehntelange Traditionen in diesem Land. Mittlerweile könnte man sogar sagen... Es handelt sich um Traditionen, die zur „Kultur“ unseres Landes geworden sind. Ich vermute, dass die meisten von Ihnen irgendwann einmal Deutschland als ihr Ziel gewählt haben... wegen dieser Traditionen, die wir hier pflegen: Vielfalt, Weltoffenheit, Meinungsfreiheit und demokratisches Miteinander! Mittlerweile ist es hier guter Brauch, dass Jeder und Jede das eigene Leben nach den persönlichen Vorstellungen und Ideen gestalten kann. Es gibt keinen übermächtigen Staat, der in die persönlichen Bereiche der Bürger hineinregiert und vorschreibt, wer, wie zu leben hat!..

Düsseldorf zum Beispiel, beherbergt nach London und Paris, die drittgrößte japanische Kolonie Europas. Dort sind enorm viele japanischen Firmen angesiedelt, die viele Mitarbeiter und ihre Familien nach Düsseldorf beordert haben. Die Japaner dort prägen seit über 50 Jahren nicht nur das Stadtbild, sondern auch das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Stadt in größerem Ausmaß mit... Eine „Integration“ der Japaner, in die deutsche Gesellschaft!... Niemand ist jemals auf die Idee gekommen, dass hier ein „kultureller Brennpunkt“ vorhanden ist. Niemand hat jemals Ängste vor so genannter „Überfremdung“ geäußert. Im Gegenteil... alle verdienen prächtig, an dieser Kolonie von... „Ausländern“! Das ist der gute Teil der Nachricht.

Im Kern, ist Deutschland nicht ausländerfeindlich! Deutschland ist „Armenfeindlich“! Der Saudi-Arabische Maurer, der aus politischen Gründen zu uns kommt, hat einen völlig anderen gesellschaftlichen Stand, als der Libanesische „Investor“, der seinen Firmensitz nach Hamburg verlegen will. Beides sind besagte „Ausländer“, die sich doch bitte der „deutschen Leitkultur“ anpassen mögen... der Eine mit „Schmuddel-Image“ die Angst vor allem Möglichen auslöst... Der Andere hingegen als Partner jederzeit hochwillkommen! Da ist Deutschland pragmatisch. Geld hat eben keine Hautfarbe!

Wenn Sie nun sagen: „Das ist aber ziemlich ungerecht, wegen der „Angst“ vor armen Menschen... das Ganze auf die Herkunft zu schieben... und damit Vorbehalte in der Bevölkerung zu schüren...“ dann kann ich Ihnen sagen... Sie können etwas dagegen tun! Sie erhalten neben einem neuen Pass, nämlich noch etwas sehr wertvolles dazu: Das aktive und passive Wahlrecht! Sie haben damit die Möglichkeit, sich aktiv in die politische Gestaltung unseres Landes einzumischen und mit zu bestimmen, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen wird! Lassen Sie diese Chance nicht ungenutzt verstreichen! Treten sie in eine Partei ein, die Ihre Interessen am besten vertritt und werden sie selber aktiv! Bringen sie ihre Erfahrungen und Ihre Fähigkeiten – zum Wohle aller- mit ein. Und denken Sie bitte nicht, „das ist doch nur etwas für irgend-

Kreis Segeberg

Kreis Pinneberg



Aktivisten der Partei DIE LINKE Kreis Segeberg haben trotz heftigem Schneefall und klirrender Kälte zeitgleich am Dienstag, den 10.2.09, vor allen drei Arbeitsgemeinschaften (ARGE) im Kreis Segeberg Handzettel mit wichtigen Informationen an deren „Kunden“ verteilt.

Hintergrund der Aktion ist u.a. die Kürzung für die Kosten der Unterkunft (KdU) durch die Bundesregierung und die damit verbundene Befürchtung, „dass die Argen die Kürzungen bei „ihren Kunden“ wieder reinholen müssen,“ so der Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Segeberg, Norbert Dachsels.

Weiterhin klärten die Mitglieder der Partei vor den Argen in Norderstedt, Bad Segeberg und Kaltenkirchen die ALG II-Empfänger über das Urteil des Bundessozialgerichtes vom 27.1.09 auf Das Bundessozialgericht stellt in seinem Urteil fest, dass die Regelleistungen für Kinder bis zu 14 Jahren verfassungswidrig sind und somit den neuen Bescheiden über die Höhe des Regelsatzes widersprochen werden kann. Die Widerspruchsfrist beträgt einen Monat nach Erhalt des Bescheides.
- Homepage Kreis Segeberg, 12.2.09

welche Fachleute... Ich kann Ihnen versichern, dass viele dieser so genannten „Fachleute“, am Einbürgerungstest - den viele von Ihnen hier bestanden haben - schon gescheitert wären! Zum Glück gibt es keinen „Ausbürgerungstest für Inländer“... Verlassen Sie die Zuschauertribüne und kommen Sie in die Mitte der Gesellschaft... unser aller Gesellschaft!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
- Fraktion im Internet:
www.linksfraktion-pi.de

Flugblatt der LINKEN Kreis Segeberg
zu Kosten der Unterkunft:

Anspruchsberechtigte aufpassen! Es droht KdU Beschiss großen Stils

Weil er den Reichen das Geld hinterher wirft, hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD und CDU gegen erbitterten Widerstand der Partei DIE LINKE den Bundeszuschuss an die Landkreise für die **Kosten der Unterkunft (KdU)**, den die ARGEN / Leistungszentren auszahlen müssen, erneut gesenkt.

Nachdem die Senkung des Bundeszuschusses ab 2008 schon 709.000 Euro betrug, beschert sie dem Kreis Segeberg für 2009 ein weiteres Haushaltsloch von 650.000 Euro. Prompt hat die CDU bei der Kreistagssitzung am 11. Dezember 2008 handstreichartig durchgesetzt, dass im Kreishaushalt 2009 der Planansatz für auszuzahlende KdU entsprechend reduziert wurde.

Die Partei DIE LINKE im Kreis Segeberg fragt sich, ob die CDU hellsehen kann, oder ob sie an den Erfolg glaubt, dass Bedürftige in großer Zahl sich der in letzter Zeit verstärkten Beeinflussung durch die ARGEN zur Rücknahme ihres Widerspruchs gegen ungerechte KdU Verkürzung verleiten lassen werden. Hintergrund ist nicht nur die explosionsartige Prozesszunahme vor den Sozialgerichten, sondern auch die Tatsache, dass Bedürftige diese Prozesse gegenüber den ARGEN auch meist gewinnen. Das **Landessozialgericht Schleswig** musste die Zahl der Richter für Schleswig-Holstein gerade fast verdoppeln, um die Aufgabenflut zu bewältigen.

Besonders bedauert DIE LINKE, die als einzige Partei bei der Kreistagssitzung diese Kürzung durch den Bund und durch den Kreis Segeberg kritisiert hatte, und deswegen ihre Zustimmung dem Haushaltsentwurf 2009 verweigerte - dass die SPD darauf hereingefallen ist und das jetzt angeblich bereut. Künftig sollen ARGE-Mitarbeiter mehr Entscheidungsspielraum bekommen. Damit ist zu befürchten, dass sie unter Druck gesetzt werden sollen, die KdU Kürzungen - mit welchen Mitteln auch immer, an die Anspruchsberechtigten weiter zu geben.

Den von den ARGEN wegen KdU über-vorteilten Anspruchsberechtigten kann deshalb nur dringend geraten werden, sich von berechtigten Widersprüchen nicht abbringen zu lassen. **Bestehen Sie auf Ihr Recht.** Bedürftige erhalten Prozesskostenhilfe.

- Info bei der LINKEN
Tel: 04193/88 23 36



Kreis Kiel

Interessierte
besichtigen
den Park
"Zum Brook"

Bürgerbeteiligung Umgestaltung des Parks "Zum Brook" in Gaarden

Im Rahmen der geplanten Umgestaltung **Ides Kieler Parks Zum Brook (Gaarden)** fand im Dezember eine vom Büro Soziale Stadt organisierte **Bürgerbeteiligung** statt. Diese bestand im wesentlichen aus einer Abendveranstaltung, in der interessierte BürgerInnen ihre Anliegen vorbringen konnten und eher formalen Charakter haben sollte - diese Pläne haben wir durchkreuzt.

Die Versammlung war recht gut besucht und es herrschte große Übereinstimmung dahingehend, den besonderen Naturcharakter des Parks erhalten zu wollen. Ein anderer Schwerpunkt in der Diskussion war die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Das **Büro Soziale Stadt** hatte im Vorfeld nur eine Schulklasse beteiligt. Das war vielen der Anwesenden zu wenig und es wurde gefordert, diese Beteiligung auszuweiten auf alle Kinder und Jugendlichen, die den Park nutzen (Schulen, KITAS, Nachbarschaft...).

Parallel dazu entwickelte ich für die Haushaltsberatungen einen Finanzantrag, der im **Finanzausschuss** - wie alle anderen Anträge der LINKEN auch - abgelehnt wurde. Auch stellte die Kieler Ratsfrau Ingrid Zimmermann zwei Kleine Anfragen zu Lärmschutz an Kinderspielflächen im bzw. in der Nähe des Brooks.

Im **Umweltausschuss** gab ich den anderen Mitgliedern einen von mir entwickelten offenen Brief der mittlerweile gegründeten Interessengemeinschaft Brook zur Kenntnis und wir sammelten mehrere hundert Unterschriften für die Hauptforderungen (siehe Kasten Seite 13, links).

Auch diese Woche werden wieder parlamentarische Aktivitäten entfaltet: So stellt die LINKE Fraktion im **Ortsbeirat** (unserer Hochburg in Kiel mit knapp 25 % Stimmanteile; zweitstärkste parlamentarische Kraft noch vor der CDU) einen Antrag mit der Absicht, dass der Ortsbeirat unsere Forderungen unterstützt.

Besondere Bedeutung hat die gesamte Auseinandersetzung neben den (lokalen) ökologischen Aspekten vor allem durch die vehement geforderte Kinder- und Jugendbeteiligung. Diese beruht auf der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung (§ 47 f) und ist eine Umsetzung der **UN-Kinderrechtskonvention**.

Kinder und Jugendliche sind dabei in Schleswig-Holstein immer (!) und angemessen (!) zu beteiligen, wenn ihre Belange betroffen sind. Dazu gehört nicht nur der Bau eines Spielplatzes, sondern jegliche Planung (!), die Auswirkungen auf Kinder hat (z.B. Straßenbau). Dieses Thema wird in den nächsten Jahren zu einer Schlüsselstelle gesellschaftliche Diskurses werden und es freut, dass wir zumindest an diesem einen Punkt Brook exemplarisch ganz dicht an der Thematik dran sind.

Findet keine angemessene Beteiligung statt, entstehen Klagemöglichkeiten. Das ganze vor dem Hintergrund sich wandelnder Rechtsprechung / Rechtsauffassungen (Kommentare) zur Beteiligungsthematik. Hier entstehen große politische Handlungsmöglichkeiten zur Demokratisierung planerischer Prozesse.

- Andreas Regner, Kreis Kiel
Weiterführende Informationen:
<http://www.pflanzen.de/?s=Brook>

Forderungen der Interessengemeinschaft Brook

- Natur- und Umweltschutz
- Erhalt des alten Baumbestandes im Park
- Erhalt der naturnahen Elemente des Parks (Bachlauf z.B.)
- Schutz des Vogelbestandes des Parks
- Erhalt und Verbesserung der Wegeführung unter Schonung der Bäume
- Kinder- und Jugendförderung
- Lärmschutzmaßnahmen für den Kinderspielplatz oder Verlegung
- Verbesserung der Spiel- und Nutzungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Beteiligung der Kinder der Umgebung sowie von Schulen, Kindergarten und Kirche...
- Erzieherische Betreuung des Parks
- Einbeziehung der Besitzer / Bewohner der Nachbargrundstücke in den Beteiligungsprozess

Kreis Flensburg-Schleswig

Im Kommunalwahlkampf brachte die Wählergemeinschaft "Wir in Flensburg" (WiF) eine Pressemitteilung heraus, nachdem sie sich nach der Wahl für die kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln an Menschen mit geringem Einkommen einsetzen werde. Wir unterstützten dieses Ansinnen auf mehreren Wahlveranstaltungen.

Nach der Wahl sprachen wir mit den Gleichstellungsbeauftragten der Stadt und mit den Beratungsstellen, die uns bestätigten, dass sie schon seit drei Jahren versuchen würden, diese Leistung der Stadt durchzusetzen. Als die WiF sich nach der Sommerpause - auch nach Nachfragen - nicht wieder zu diesem Thema äußerte, schrieben wir einen Antrag, in dem wir die Forderungen aufnahmen.

"Die Linke wirkt"

Für Menschen mit geringem Einkommen werden die Kosten für Verhütungsmittel bezahlt.

Die Grünen und die SPD schlossen sich unserem Antrag an.

Dann wurde das Ganze in die Ausschüsse verschoben und erst einmal verzögert. Wir erreichten dann, dass die Sache in einem Arbeitskreis zwischen Verwaltung, Politik und Beratungsstellen weiter behandelt wurde. Im Januar legte dieser Arbeitskreis ein Arbeitspapier vor, in dem die Art der Übernahme der Kosten beschrieben wurde. Dieses Papier, war gestern Grundlage eines neuen Antrages der Verwaltung.

Gestern wurde im Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Flensburg beschlossen, dass die Stadt Menschen mit geringem Einkommen ab dem 1. April 2009 die Kosten für Verhütungsmittel erstattet. Als "geringes Einkommen" gilt ein Betrag, der sich errechnet aus:

- Dem zweifachen Regelsatz des Haushaltsvorstandes einer Bedarfsgemeinschaft
- dem einfachen Regelsatz aller anderen Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft
- den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) und
- einem 10%igen Zuschlag auf die Gesamtsumme

Menschen mit einem Einkommen unterhalb dieser Summe sind anspruchsberechtigt. Das sind konkret zur Zeit für Alleinstehende in Flensburg 1014 Euro. Eigentlich zu wenig, aber unser Vorschlag, als Grenze den jeweils geltenden Pfändungsfreibetrag zu nehmen, fand politisch leider keine Mehrheit. Leider werden auch die Kosten für Kondome nicht erstattet - im Zeitalter von AIDS eine Unmöglichkeit - sondern nur die Kosten für medizinisch verordnete Verhütungsmittel für Frauen und die Kosten für die Sterilisation von Männern und Frauen.

So wird Flensburg ab dem 01.04. 2009 (kein Aprilscherz :) die erste Stadt in Schleswig-Holstein sein, die eine solche freiwillige Leistung im Katalog der kommunalen Leistungen hat. Alles in allem war das über mehr als ein halbes Jahr hinweg ein hartes Stück Arbeit, aber wir finden, es hat sich gelohnt. Die Linke wirkt! Wir hoffen, dass unser Beispiel euch Mut macht und wir bald von weiteren Gemeinden hören, die etwas Ähnliches beschließen.

- Heinz-Werner Jezewski

Armut Macht Reichtum

Künstler für einen Linken? Ist Kunst politisch?

Kiel. Klar ist sie das. Weil Kunst und Kultur ganz wesentlich zur Selbstverwirklichung und zur Selbstbestimmung der Menschen beitragen. Weil die Künste, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur Grundlagen einer lebendigen Demokratie sind. Und weil wohl nichts so sehr die ganze Vielfalt einer Gesellschaft abbildet und erfahrbar macht, wie die Kultur. Kultur ist kein Luxus - alle Menschen müssen an Kultur teilhaben können.

Dafür braucht Kultur öffentliche Förderung und politische Unterstützung. Und Künstler brauchen Räume - Spielräume, Zeiträume, Proberäume und Ausstellungsräume. All diese Räume sind in den letzten Jahren immer enger geworden - auch in Kiel. Sie wieder zu öffnen, ist nicht nur eine finanzielle Herausforderung. Gefragt ist hier auch der Mut, der Kunst Freiräume zu geben. Das gilt für die Vergabe von Stipendiaten genauso wie für die Überlassung von öffentlich geförderten Ateliers und Plätzen in Künstlerhäusern. Allzu statische Rahmenvorgaben fördern die Qualität der Kunst nicht, sondern schränken sie ein, wo Freiheit zu ihrer vollen Entfaltung nötig wäre.

Mut haben auch die 14 Künstlerinnen und Künstler bewiesen, indem sie in der Sonderausstellung „Armut Macht Reichtum“ ein gesellschaftlich brisantes Thema in den Mittelpunkt gestellt haben, der Titel ist gleichermaßen vieldeutig wie provozierend. So vieldeutig und provozierend wie die einzelnen Werke und der Umstand, dass die Künstlerinnen und Künstler mit der Ausstellung ausdrücklich Stellung beziehen im Kieler Oberbürgermeisterwahlkampf. Die Künstlerinnen und Künstler setzen damit in all ihrer Unterschiedlichkeit - unter ihnen Studierende wie Autodidakten, manche gesellschaftlich angekommen, andere eher abgefahren - auf ihre jeweils ganz eigene Art ein gemeinsames Zeichen gegen Armut und den Missbrauch von Macht.

Die Bürgerinnen und Bürger Kiels haben am 15. März 2009 die Möglichkeit, es ihnen mit ihrem Kreuz auf dem Stimmzettel nachzutun. Für ihren Mut, ihr Engagement und ihre spontane Unterstützung danke ich den Künstlerinnen und Künstlern der Sonderausstellung „Armut Macht Reichtum“ und der Traum GmbH, in deren Räumlichkeiten die Werke ab dem 15. Februar für gut sechs Wochen zu sehen sind, ganz herzlich. Allen Besucherinnen und Besuchern der Ausstellung sowie den Gästen des Restaurants wünsche ich kulturelles und kulinarisches Vergnügen.

- Rede Raju Sharmas, 8.2.09, Eröffnung der Ausstellung „Armut, Macht, Reichtum“



Kreis Plön

Weit über fünfzig Prozent aller Eltern, deren Kinder derzeit in und um Lütjenburg einen Kindergarten oder eine Grundschule besuchen, wollen, dass ihr Nachwuchs weiterführend eine Gemeinschaftsschule besucht. Dieses klare, elterliche Votum erbrachte im Herbst eine Fragebogenaktion des Kreises...

Doch die politischen Entscheidungsträger unseres Kreises scheinen mehrheitlich nicht mitziehen zu wollen. Während die Vertreter der Linken, der SPD und der Grünen dringend für die Einrichtung der Gemeinschaftsschule plädieren, verweigerten die VertreterInnen von CDU und FWG auf der letzten Schulausschusssitzung dem Projekt Gemeinschaftsschule für Lütjenburg ihre Zustimmung. Sie redeten dagegen der Regionalschule das Wort.

Die Regionalschule ist aber eine Mogelpackung und die Diskussionen um das völlig überholte dreigliedrige Schulsystem wird sie nicht beenden. Regionalschule bedeutet die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule, doch eine Intergration findet nur in der Orientierungsstufe statt, also in der fünften und sechsten Klasse. Dann wird wieder auseinandergerissen, was eben zusammengewachsen ist, und je nach Leistungsstand werden die Kinder einer Schullaufbahn zugeordnet, die entweder zum Hauptschulabschluss, oder zum Real-

Das Abenteuer ÖPP beenden!

Die von der SPD geforderte Aussetzung des Bauleitverfahrens reicht nicht. Die Idee, ein neues Kreishaus in einer so genannten ÖPP zu realisieren, ist schon gescheitert. In den letzten Tagen und Wochen sind die unkalkulierbaren Risiken offensichtlich geworden: Der Investor weigert sich eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Die Zusage, für die notwendige Infrastruktur zu sorgen, gilt plötzlich nicht mehr. Er, der Investor, habe sich verkalkuliert, und die Allgemeinheit müsse für seinen Fehler aufkommen.

Dies lässt Schlimmstes für die Zukunft ahnen. Wichtige, für die Erteilung einer Baugenehmigung notwendige Gutachten zu Schallschutz, Elektromog sowie naturschutzrechtlichen Belangen hat der Investor, obwohl ihm schon vor nahezu einem Jahr der „Zuschlag“ erteilt wurde, nicht rechtzeitig beigebracht, sondern nach eigener Aussage bisher erst in Auftrag gegeben. Der Investor hat „Finanzierungsprobleme“ und erhält notwendige Kredite wegen fehlender Bürgschaften

Eine Gemeinschaftsschule für Lütjenburg

Eltern dafür - LehrerInnen dagegen

schulabschluss führt. Eine Regionalschule schafft also nicht mehr an Chancengleichheit, sondern polarisiert nur noch eindeutiger: hier das Konglomerat aus bisheriger Haupt- und Realschule, dort das Gymnasium.

An einer Regionalschule ist nach Klasse zehn generell Schluss. Wer dann weitermachen möchte, kann zwar theoretisch an ein G8-Gymnasium, wie das Lütjenburger, wechseln. Ob er den Anforderungen aber gewachsen sein wird, ist zweifelhaft. Die straffen Lehrpläne der neuen gymnasialen Variante werden ihm dies zumindest ordentlich erschweren. Wieviel leichter ist es dagegen an einer Gemeinschaftsschule, die, sobald die SchülerInnen „nachgewachsen“ sind, eine dreijährige gymnasiale Oberstufe aufstocken kann.

Demnächst wird sich nun der Kreistag mit der Angelegenheit erneut befassen. Bleibt zu hoffen, dass auch das eine oder andere Fraktionsmitglied von CDU, FWG und FDP (die Stimmenmehrheit) sich endlich komplett vom einhundertjährigen Mief des dreigliedrigen Schulsystems befreit und aus den Reihen der PISA-Verschläfer ausschert. Sonst bleiben die Kinder Lütjenburgs auf lange Sicht in der Bildungswüste sitzen...

- Kreistagsfraktion Plön, 19.2.09,
leicht gekürzt

Kreis Pinneberg

nicht. Selbst wenn er dieses Problem zu lösen vermag, drängt sich die Frage auf, was geschieht wenn ein ÖPP-Investor insolvent wird. Das aber sind nur die sichtbar gewordenen Konstruktionsfehler. Allein die Möglichkeit, es könnten Betriebsgeheimnisse des „privaten Partners“ seiner Konkurrenz bekannt werden, verpflichtet den „öffentlichen Partner“ zur Geheimhaltung der Vertragsbedingungen. Selbst für die gewählten Vertreter, die Abgeordneten in Kreistag und Stadt- und Gemeinderäten, bleiben die Verträge unter Verschluss. Damit aber entzieht sich eine ÖPP jeder öffentlichen, demokratischen Kontrolle...

DIE LINKE fordert grundsätzliche Abkehr von ÖPP und Rückkehr zur Verantwortung für die Menschen im Kreis.

- Erklärung von Kreisvorstand
und Kreistagsfraktion 20.2.09,
leicht gekürzt

Kreis Lauenburg

Solidaritätserklärung

an die um einen Tarifvertrag kämpfenden Rettungsassistenten des Rettungsdienstes Krs. Herzgt. Lauenburg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir, die Partei DIE LINKE, Kreisverband Herzogtum Lauenburg, unterstützen Euren Kampf für einen Tarifvertrag, der nun schon so lange andauert.

Schnelle Hilfe in Notfällen ist ein dringender, unverzichtbarer und in vielen Fällen lebensrettender Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Gesundheitsfürsorge, der allen Bürgern gleichermaßen zugute kommt. Das Landesrettungsdienstgesetz sieht zwar die Möglichkeit vor, den Rettungsdienst an Hilfsorganisationen zu übertragen, die öffentlich-rechtliche Trägerschaft und die damit verbundene Verantwortung bleiben aber bestehen. Wie könnte es auch anders sein, als dass die Gesellschaft (in Form des Kreises Herzogtum Lauenburg) die Verantwortung übernimmt für die Menschen, die voller Verantwortung unter Einsatz ihres Könnens und Wissens und manchmal auch unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens die gesellschaftliche Aufgabe des Rettungsdienstes ausführen?

Die Vergabe von öffentlich-rechtlichen Aufgaben an nichtöffentliche Institutionen darf nicht nur nach Kostengesichtspunkten erfolgen, sondern muss dann auch sicherstellen, dass die entsprechenden Arbeitsverhältnisse tarifrechtlich geregelt sind. Es ist also eine gesellschaftliche (und damit öffentlich-rechtliche) Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Ihr, die Ihr diesen schweren, verantwortungsvollen Dienst verseht, tarifvertraglich entlohnt und durch entsprechende Arbeitsschutzvorschriften vor Überlastung und Gesundheitsgefährdung geschützt werdet. Auf Ersuchen des Kreistages muss der Landrat das DRK auffordern, einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag abzuschließen. Bei neuen Ausschreibungen muss der TVöD zur Anwendung kommen.

Die Partei DIE LINKE Kreisverband Herzgt. Lauenburg wird diesen Standpunkt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit vertreten und unsere Fraktion wird Euer Anliegen im Kreistag zu Gehör bringen, entsprechende Anträge stellen und dabei auch versuchen, andere Fraktionen dafür zu gewinnen. Viel Erfolg und solidarische Grüße!

- Michael Schröder für die Fraktion
und die Partei DIE LINKE

Kritische Kommentare

Mitarbeit nicht erwünscht !?

von Edda Lechner

Das hier rechts nebenstehende Zitat hat es mir angetan! Entspricht es doch ganz meiner persönliche Erfahrung mit dem Kreisverband und -vorstand Segeberg in den letzten sechs Monaten des Jahres 2008. Aber wie ich aus vielen Gesprächen erfahre, gibt es ähnliche Entwicklungen in anderen Kreisen unseres Landesverbandes. Ich möchte, auch wenn das wieder Murren auslöst, sie hier zur Sprache bringen.

Es werden im Kreis Segeberg immer zuallererst Geschäftsstellen ins Leben gerufen. Ihre Vertreter sind nur Männer, man beansprucht das Recht auf alleinige finanzielle, organisatorische und politische Kontrolle. Die einmal bewusst politisch gewollte gleichberechtigt wirkende Doppelspitze ist längst vergessen. Um so mehr legt „man“ das Verhalten eines Chefs an den Tag, der seine Filialen meint steuern zu müssen: So verlangte der Kreisvorstand, dass nur Veranstaltungen stattfinden dürfen, die der Kreisvorstand vorher billigt. Auf Nachfrage, wo diese Satzung stünde, fasste der KV dann den entsprechenden Beschluss. Erfreulicherweise gab es dazu Widerspruch.

Dass der KV von allen Veranstaltungen benachrichtigt werden wollte, ist sinnvoll und vernünftig. Aber z.B. das Angebot, alle Nachrichten und Presseerklärungen zwischen dem Kreis und beiden Ortsverbänden stets auszutauschen stieß dagegen auf Ablehnung.

Es wurde immer wieder großen Wert darauf gelegt, Kenntnisse über Mitglieder und die Mitgliederentwicklung nie regelmäßig zu berichten, sondern in der - wo steht sie eigentlich im Statut? - „Geschäftsstelle“ verwalten zu lassen. Mein Antrag auf der letzten Kreis-Mitgliederversammlung, man solle den anwesenden Mitgliedern zukünftig wenigstens die Namen derer mitteilen, die ein- und ausgetreten oder ausgeschlossen worden seien, wurde innerhalb dieser Logik abgelehnt. In verfälschter Weise wurde aus diesem Antrag die Formulierung gemacht, als hätte ich die D a t e n der Mitglieder eingefordert. Meine schriftlich für das Protokoll eingereichte Richtigstellung ist bis heute nicht angenommen worden. Mit meinem Antrag liegt mir das Thema „Mitgliederpflege“ am Herzen: Ich möchte diese GenossInnen entsprechend ansprechen können, wenn sie mir in der Stadt über den Weg laufen. Ist das wirklich nicht erwünscht?

Und überhaupt, jeder Antrag von mir (mit welchen Befindlichkeiten mag das zu tun haben?) wurde auf Kreisebene ohne Ausnahme abgebugelt. Witzigerweise so-

gar ein Antrag, den ich gar nicht gestellt hatte. Es handelte sich lediglich um einen

freundlichen Hinweis, man solle auf der gemeinsamen Weihnachtsfeier doch die Hartz IV-Leute wie früher mittels Spenden umsonst mitessen lassen. So etwas lehnen „natürlich“ jene Genossen ab, die sonst immer das Anti-Hartz-IV-Projekt lautstark in den Mund führen.

Auf den MV'n erscheinen fast nur noch Leute, die Ämter haben, in das eine oder andere Amt gewählt werden wollen und/oder sich gegenseitig dafür die Stimmen geben. Sie sind es, die auf dem letzten Landesparteitag in stehende Ovationen verfallen, wenn über GenossInnen gesagt wird, sie mögen hinter sich die Türe zu machen. Das passt folgendes doch gut dazu: Die statuarisch festgelegte Frauenquote wird übrigens stets als erstes auf den Sitzungen - völlig paragrafenkonform - gekillt und erst gar nicht gefragt, ob Frauen kandidieren wollen.

Eine irgendwie inhaltliche Diskussion, die nicht von der aktuellen Gremienarbeit (Stadtvertretung, Kreistag) geprägt ist, taucht so gut wie nicht mehr auf, außer vielleicht, wenn ich einen als unbequem empfundenen Antrag stelle. Längere gründliche Erläuterungen zu einem Thema mit geschichtlichen, philosophischen oder politischen Inhalten wird als Störung empfunden. Weder gab es auf der MV Ende des letzten Jahres einen förmlichen Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes, den mensch irgendwo nachlesen könnte, noch wollten diejenigen, die auf ihre Wahl als Delegierte für die Europawahl hofften, etwas über die EU sagen, noch hören. So blitzte z.B. mein Vorschlag, international etwas gegen die Globalisierung in Form des Kampfes gegen den türkisch/kurdischen Hasankeyf-Staudamm zu tun, voll ab. Bitte - erstmal kommt Schleswig-Holstein dran! Und dann erstmal das Thema verschieben, weil dazu die nötigen Kenntnisse fehlen (!) und am Schluss eine Veranstaltung dem OV Norderstedt überlassen und eine vereinbarte Unterstützung durch einen Infostand gar nicht mehr wahrnehmen.

Ist es wirklich so, wie ich befürchte? Wer kein Amt hat, gilt nichts in dieser Partei. Mein Angebot, mich zukünftig für politische Veranstaltungen jenseits der unmittelbaren Kommunalpolitik und für Schulungen sowie die regelmäßigen schriftlichen Einladungen an Mitglieder und SympathisantInnen einzusetzen, fand nur im OV-Norderstedt Gehör - allerdings auf Dauer auch dort mit Schwierigkeiten. Anfragen, meine recht zahlreichen Anschreiben oder Vorschläge an den KV und OV, ob per eMail oder schriftlich, wurden gar nicht erst zur Kenntnis genommen und allermeist auch nicht beantwortet. Immerhin gelang es, auf den

Ämter, Medienpräsenz und Geld

„Auf allen anderen Ebenen und in fast allen Landesverbänden schreitet in der Linkspartei der Prozess der Übertragung der tatsächliche Handlungsspielräume auf die dort im Amt befindlichen MandatsträgerInnen und Vorstände rasch fort ... Es sind die Fraktionen und Vorstände, die über die Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Interessen und Vorstellungen verfügen. Eine jeweils kleine Gruppe spielt Geld, Mitarbeiter und Medienpräsenz aus. Die Masse der Mitglieder hat dem wenig entgegenzusetzen. So entsteht in kurzer Zeit eine Partei, die keine Mitgliederpartei, sondern eine Art Politikfachbetrieb in der Hand von Funktions- und MandatsträgerInnen ist.“

- Auszüge von einer Diskussion in Essen, 12.2.09, www.scharf-links.de

regelmäßigen Mitgliedertreffs des OV Norderstedt einiges durch Absprachen zu regeln.

So war es möglich, zwei Schulungen zum „Kommunistischen Manifest“ durchzuführen, einen Besuch des MdB Lutz Heilmann mit Besichtigung bei den hiesigen Stadtwerken zu organisieren und für den 9. November eine Gedenkfeier im Gräberfeld Moorkaten mit Kranzniederlegung und Rede zu veranstalten. Da kamen sogar einige GenossInnen aus dem Kreis dazu!

In den Protokollen kamen diese Aktivitäten höchstens in der Formulierung „Bericht aus Norderstedt...“ vor und im Neujahrsbrief des Kreisverbandes war davon überhaupt nicht mehr die Rede; auch von keiner einzigen politischen Veranstaltung des OV-Wahlstedt-Segeberg-Trappenkamp. Zum X-ten Male wurde der großartige Wahlerfolg 2008 herausgestrichen und die Tätigkeit der Fraktionen in den Kreis- und Stadtparlamenten gewürdigt. Deren aktive und auch recht erfolgreiche Arbeit will ich hier keinesfalls schmälern, sondern ausdrücklich loben. Mir ist nur völlig schleierhaft: Warum das zweite Standbein - die politische Parteitätigkeit und die Beschäftigung mit grundsätzlichen Fragen über die ganz aktuelle Tagesordnung hinaus - völlig übergangen und missachtet wird. Ich weiß aus Gesprächen, das gibt es in anderen Kreisen auch. Ich bin überzeugt, hier ist einiges aufzuarbeiten!

Immerhin entdeckte ich im „Likedeeler“ des Kreisverbandes Lübeck, dass die GenossInnen diese Frage bewusst benannt haben: „Ein gefürchteter Gegensatz zwischen Partei und Fraktion blieb aus, ganz im Gegenteil es wurde zu einer erfreulichen Ergänzung“. Fast möchte ich ausrufen: Ihr Segeberger seid doch sonst recht eng mit den dortigen GenossInnen verbunden. Warum nicht auch einmal in dieser Hinsicht voreinander lernen!

Einladung zu den Berlinfahrten des Abgeordneten Lutz Heilmann

Lust auf eine Stippvisite ins politische Berlin?
Ohne vorherige Wartezeit, den Deutschen Bundestag ansehen
und dort dem Abgeordneten Lutz Heilmann Fragen stellen?
Auch mal Ministerien und Institutionen kennenlernen?

Dann schnellstens anmelden!

Teilnahmevoraussetzung ist lediglich: Interesse an Politik.
Die Fahrten entsprechen den Anforderungen zum
Bildungsurlaub des Landes Schleswig-Holstein.

Die Termine: 16. - 17. April 2009 und 27. - 29. Mai 2009

Die Linke Schlesw.-Holstein LAG Betrieb & Gewerkschaft

Einladung zur Sitzung

am 28.2.2009 von 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr
In der neuen Landesgeschäftsstelle, Sophienblatt 15, Kiel

Wir wollen die Programmdebatte fortsetzen:

Was gibt es an Arbeitsergebnissen aus den in der Januarsit-
zung gebildeten Themengruppen?
Was sind die nächsten Schritte in der Programmdebatte?

Meike Lüdemann



Einladung zum Antifaschistischen Workshop

der Partei DIE LINKE.Schleswig-Holstein
Asja Huberty und Klaus-Dieter Brüggemann

am 24. Februar 2009 - Beginn 18.30 Uhr
Otto-Passarge-Saal (AWO), Große Burgstraße 51,
235 52 Lübeck

mit Ulla Jelpke

Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag,

Das rechte Spektrum kennt viele Bezeichnungen. Oft werden sie
synonym verwendet. Dabei werden Unterschiede verwischt.
Wir werden versuchen eine Klärung zu finden, damit wir bes-
ser Gegenstrategien entwickeln können.



Einladung zur Veranstaltung

des Ortsverbandes Bad Segeberg - Wahlstedt - Trappenkamp

Linke Antworten und Alternativen zur Finanzkrise

am Donnerstag, 26. Februar 2009, um 19 Uhr
im Bürgerhaus, Am Markt 3, 246 10 Trappenkamp

mit Dr. Axel Troost

MdB und Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE,
und Björn Radke, Landessprecher der Partei DIE LINKE.SH

Die Kreisverbände Ostholstein, Neumünster
und Mitglieder der Partei DIE LINKE.SH

Einladung zum Workshop Arbeit, Soziales, Gesundheit

am Samstag, 7. März 2009, von 9.30 bis 16.00 Uhr
im "Schützenhof Neustadt" Am Gogenkrog 20,
237 30 Neustadt in Holstein

mit den Moderatoren: Ernst Molkenthin, Harry Bleckert
und Dr. Helmut Grewe / Jens Ahrens

Die Themen aus dem 100-Punkte-Partei-Programm von
Schleswig-Holstein, u.a.

1. Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungs-
sektors für 10.000 Stellen statt Abbau durch 1- Euro-Jobs
2. Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Firmen, die einen
Mindestlohn von 8,71Euro zahlen
3. Unterstützung von beschäftigungsintensiven Mittel-
standsbetrieben
4. Hartz IV - Ombudsstellen in allen Kreisen
6. Finanzielle Mittel zur Einrichtung und Unterstützung un-
abhängiger Erwerbslosenberatungsstellen
8. Gleichbehandlung von MigrantInnen, Flüchtlingen und
AsylbewerberInnen
10. Keine Zwangsumzüge von Alg II – EmpfängerInnen
12. ein Schleswig-Holstein weites Sozialticket, Anreiz für
Kommunen zur flächendeckenden Einführung regionaler So-
zialtickets durch teilweise Kostenübernahme durch das Land.
14. Keine Privatisierung des UKSH und weiterer Gesund-
seinrichtungen
16. Schaffung von Umweltzonen in Ballungsräumen wie Kiel
und Lübeck

Verbindliche Anmeldung bitte bis zum 28.02.09 bei:
Volker Rätzke, Suhrnkrog 9, 237 01 Eutin
Tel: 045 21 / 77 56 03 und 01 79 / 156 11 00
eMail:

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 24. Februar 2009

Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE.-SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19,
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Mitglieder: Wolfgang Beutin, Daniel Dockerill, Ralf Iden,
Karl-Helmut Lechner, Brigitte Sawirucha.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wt.net.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.